

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
39 (1925)**

158 (9.7.1925)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-515194](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-515194)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat 1.60 Goldmark frei Haus, für Adressat von der Expedition (Peterstraße Nr. 76) 1.50 Goldmark, durch die Post bezogen für den Monat 1.50 Goldmark.

Republik

Anzeigen-Grundpreis: Millimeter Seite od. deren Raum für 1000. Familienanzeigen 5 Pf., für Anzeigen auswärts. Inzerenten 12 Pf., Reklamen 0. Millimeter Seite lokal 30 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Kabutt nach Tarif. Plausivordrücken unentgeltlich.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Donnerstag, 9. Juli 1925 * Nr. 158

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Die Zollwucherpläne der Regierungsparteien.

Besfrigte Besprechungen mit der Regierung.

(Berlin, 9. Juli, Radiodienst.) Am Mittwoch hatte der Reichsanwalt Dr. Luthar eine Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien, um die Möglichkeiten einer baldigen Verabschiedung der drei großen Wirtschaftsgesetzesentwürfen (Anwerbungsfrage, Zollvorlage und Steuererleichterung) zu besprechen. An der Besprechung nahm für die Deutsch-nationalen der Graf v. Helldorf, für die Volkspartei Dr. Schulz und für das Zentrum der Abgeordnete Schröder teil. Es wurde über die Verhandlungen folgender amtliche Bericht ausgegeben:

Am Mittwochabend während der Plenarsitzung fanden Verhandlungen zwischen dem Reichsanwalt Dr. Luthar und Vertretern der Regierungsparteien statt. Es kam dabei allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß eine Einigung über die Zollvorlage zwischen den Regierungsparteien möglichst bald erreicht werden möge, damit die Zollvorlage noch vor den Sommerferien zur Verabschiedung kommen kann. Wenn eine Einigung erreicht wird, werden die Verhandlungen des Reichstages nachschleunigst erst Ende Juli ihr Ende finden.

Die Unterredung drehte sich in der Hauptsache um die Verabschiedung der Zollvorlage. Wie die „Völkische Zeitung“ wissen will, waren ursprünglich auch die Führer der Oppositionsparteien zu der Besprechung geladen worden; da das ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung war, wurde deren Einladung wieder rückgängig gemacht. Man ist allerdings auch heute immer noch weit davon entfernt, innerhalb der Regierungsparteien eine völlige Meinheitsmimmung in der Frage der Zollvorlage feststellen zu können. Der Wunsch des Reichsanwalts, jetzt dahin, ein Kompromiß zwischen den Führern der Regierungsparteien herbeizuführen, um die Vorlage noch Ende Juli oder spätestens Anfang August zu verabschieden. Die Deutsch-nationalen, bei denen schließlich die Zollvorlage den Vorrang vor allen anderen parlamentarischen Arbeiten genießt, möchten die Verabschiedung der Zollvorlage am liebsten vor den Sommerferien durchziehen. Um ihre Wünsche zu berücksichtigen, schmeigeln sie sich bei den Verhandlungen nicht aus. Demnach dürfte es noch als zweifelhaft sein, daß die Zollvorlage bereits Mitte nächster Woche an das Plenum kommt. Die Sozial-

demokratie wird die Absicht der Durchsetzung dieser hochwichtigen und für das ganze Volk folgenschweren Vorlage mit allen Mitteln zu vereiteln versuchen.

Bestimmungen zur Verfassungsfeier.

(Berlin, 9. Juli, Radiodienst.) Die preussische Staatsregierung hat beschlossen, zur Feier des Verfassungstages am 11. August die beiden Dienstgebäude an diesem Tage in den Landesfarben zu flaggen. An den Orten, die sich eines Oberpräsidenten der Regierung oder eines Landrats befinden, haben die Vorstände der Behörden sich mit der Gemeindevertretung und den zuständigen Organisationen des Ortes zusammenzufinden, um gemeinsam würdige Verfassungsfeiern zu gestalten. Selbstverständlich besteht auch in diesem Jahre daran die Finanzierung des Staates jeglichen Kostenzuschuß zu den geplanten Feiern. Zu den Feiern selbst sind die Spitzen aller Behörden, des Militärs sowie die Vertreter der Bevölkerung, der Arbeitervereine und Arbeitgeberorganisationen, der Handwerks- und Handelskammern, der Innungen usw. besonders einzuladen. Die staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter können, soweit nicht dienstliche Verpflichtungen dagegen sprechen, an dem Verfassungstage die notwendige freie Zeit für den Besuch von Feiern und Gottesdiensten bekommen.

Die Räumungsfrage an der Ruhr.

(Böhmener Eigenmeldung.) Die Stahlwerke von Redlinghausen, Essentischen, Hattungen, Wittich und Böhm haben von der Besatzungsbehörde die Mitteilung erhalten, daß sämtliche Quartiere der Besatzung im Laufe dieser Woche zurückgegeben werden. Mit dem Abtransport der Truppen der genannten Städte ist für Ende der Woche zu rechnen. Das in Hattungen lebende Infanterieregiment 87 wird nach Worms verlegt. Mit dem Abtransport der Truppen aus Hattungen ist bereits begonnen worden. Redlinghausen soll nach Mitteilung der Besatzung die Stadtverwaltungen am 14. Juli von den Besatzungstruppen geräumt werden.

Wechselseitiger Betrugsversuch.

Der Sinn des parlamentarischen Systems hinsichtlich der Kontrolle der auswärtigen Regierungspolitik ist fälschlich nicht der, daß das Kabinett verpflichtet sein muß, die Volkswertung oder deren Ausschüsse tagtäglich über ihre Schritte auf dem Laufenden zu halten. Wenn hinter einer Regierung eine festgefügte Mehrheit steht, die ihr Programm kennt und billigt, dann genügt es vollkommen, wenn sie von Zeit zu Zeit, vor allem bei wichtigen Anlässen, dem Parlament Rede und Antwort steht. In einem solchen Fall ist es sogar durchaus statthaft, daß die Regierung es ablehnt, in schwierigen diplomatischen Verhandlungen einer großen außenpolitischen Debatte im Parlament zuzugewinnen.

Aber wie liegen die Dinge bei der Regierung Luther-Stresemann-Schiele? Wo ist die festgefügte Mehrheit, die hinter ihr steht, wo ist das Programm, das sie befolgt, und wann ist Klarheit darüber geschaffen worden, ob dieses Programm gebilligt wird? Bis hierher hat man nur Beweise einer weitgehenden inneren Zerlegung innerhalb der Regierungskoalition über die meisten aktuellen Probleme und vor allem über die auswärtige Politik gehabt. Es ist zwar Monate hindurch vermieden worden, diese Gegenstände auszutragen. Besonders in den zwei Monaten der Reichspräsidentenwahl sind die beiden Reichsparteien um die Frage des Garantiepaktes wie die Katzen um den heißen Brei herumgegangen. Abgesehen von Geplänkel zwischen Stresemann und dem alldeutschen Flügel der Deutsch-nationalen hat man sich im Lager der Rechten auf grundlegende Auseinandersetzungen über diesen wichtigsten Punkt der Regierungspolitik wohlweislich nicht eingelassen. So konnte das Auswärtige Amt seine Verhandlungen fortsetzen und dabei den Schein erwecken, als stünde die gesamte Reichsregierung hinter dem Außenminister, als billigte, von einigen Eigenbrötlern abgesehen, die gesamte Regierungskoalition die bis dahin erfolgten Schritte.

In Wirklichkeit beruhte bisher die Außenpolitik der Regierung Luther auf einer Fiktion, nämlich auf der angeblichen Einheitsfront der Parteien, die hinter dieser Regierung stehen. Die Deutsche Volkspartei nahm die Garantiepaktsverhandlungen, die ihr Führer Stresemann eingeleitet hatte, ernst und war entschlossen, sie auf der Grundlage des Reichstages auf Erlass-Verbringen und der Schiedsgerichtsverträge mit den Alliierten fortzusetzen. Die Deutsch-nationalen dagegen stellten die Dinge so dar, als handelte es sich bisher nur um unverbindliche Vorverhandlungen, von denen man sich jeberzeit loslösen könnte und als seien sie infolge dessen nicht verpflichtend. Die Grundlage dieser Verhandlungen, nämlich das Memorandum vom 9. Februar, zu kennen oder gar zu billigen. Dabei ist, wenn wir recht unterrichtet sind, Dr. Stresemann schon vor vielen Wochen im Auswärtigen Amt dieser Lesart der „unverbindlichen Fiktion“ schriftlich entgegengetreten. Aber die Deutsch-nationalen benutzten den Umstand, daß diese authentische Richtigstellung nur in einer vertraulichen Sitzung erfolgt war, um sich weiter damit zu stellen und so zu tun, als brauchten sie noch immer nicht zu wissen, worum es ging.

Mit der Antwort Briand's und der gleichzeitigen Veröffentlichung des deutschen Memorandums ist es die Regierungsparteien und vor allem den Deutsch-nationalen unmöglich gemacht worden, sich länger unmissend zu stellen und sich um eine klare Stellungnahme herumzubriden. Die bis dahin künstlich niedergehaltene Empörung in den Reihen der deutsch-nationalen Wähler kommt nun mit elementarer Wucht zum Ausbruch. So fragt jetzt das schwarz-weiß-rote Stimmvieh, wie es denn möglich ist, daß die deutsch-nationale Regierungspartei, daß insbesondere der Reichsminister Schiele diese pazifistisch-landesväterische Politik bisher mitgemacht hat. Als Antwort auf diese Rebellion der betrogenen Wähler hat Herr Schiele nichts Besseres gewagt, als jenen erbärmlichen Brief an den volksparteilichen Abgeordneten Brüninghaus zu schreiben, in dem er behauptet, daß er den Inhalt des deutschen Garantieangebots bis zum 25. Mai nicht gekannt habe. Herr Stresemann hat sich diese ebenso geistlose wie unwahrscheinliche Ausrede seines Ministerkollegen bisher gefallen lassen, obwohl sie den deutschen Vortritt gegen ihn enthielt, daß er hinter dem Rücken des Kabinetts die wichtigsten außenpolitischen Schritte unternommen hätte und der Reichstages, der in diesem Falle ganz besonders berufen wäre, Klarheit über die tatsächlichen Vorgänge zu schaffen, billigt sich in hartnäckiges und betretenes Schweigen.

Nun soll die Antwort des Reichskabinetts an die französische Regierung in der kommenden Woche abgehen, ohne daß vorher die Kardinalfrage geklärt wurde, ob die Politik des Garantiepaktes — nicht etwa in allen ihren Einzelheiten, sondern auch nur in ihren wesentlichen Grundzügen — von der Regierungskoalition gebilligt wird oder nicht. Man läßt diese entscheidende Frage nach wie

Keine Auflösung des sächsischen Landtages.

Die gestrigen Beschlüsse in Dresden.

(Dresdener Eigenmeldung.) Der Antrag auf Landtagsauflösung, der von den Kommunisten und der Linken der Sozialdemokratie gestellt war, wurde im sächsischen Landtag mit 49 gegen 38 Stimmen abgelehnt; 9 Abgeordnete fehlten. Für den Antrag stimmten die Kommunisten, 17 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion und die Deutsch-nationalen. Gegen den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die 23 Angehörigen der Mehrheit der Sozialdemokratie, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei. (Weiteres hierzu auf der 2. Seite.)

Wirkung des deutsch-polnischen Zollkrieges

(Warsauer, 9. Juli, Radiodienst.) Die deutschen Kampfmaßnahmen im Zollkrieg mit Oesterreich sind seit einigen Tagen in vollem Gange und schon sind ihre Wirkungen in Oesterreich offenbar, wo sie unterirdisch Polen und Deutsche treffen. Allein die Katowitzer Arbeitergesellschaft hat in den letzten Tagen vier Gruben stilllegen müssen. Auch in der Süddeutschen Industrie, die fast ausschließlich deutsche Arbeiter beschäftigt, ist es zu großen neuen Einschränkungen gekommen.

Daneben wird aber auch durch die letzten deutschen Maßnahmen die verarbeitende Industrie schwer getroffen, die nach fast reinen deutschen Charakter trägt. So klagt die oberösterreichische Holzindustrie über Bedrohung ihrer Existenz. Auch ein Gewerbe wie die Fleischereien, das bisher wesentlich 25 Waggons Fleischwaren nach Deutschland schickte, muß in Österreich jetzt umfangreiche Entlassungen vornehmen. Auch die sächsische Exportindustrie auf deutscher Seite hat unter den Zollkriegsmaßnahmen zu leiden.

Büsten-Umzug im Reichstag.

(Berlin, 9. Juli, Radiodienst.) Die Bronzestatue des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, die der Professor G. Rohde im Auftrag des Reichstages anfertigte, ist im Foyer des Reichstagsgebäudes vor dem Präsidentenzimmer gestern probeweise auf einer Holztafel aufgestellt worden, die voransichtlich später in Marmor ausgeführt werden wird. Die sonst an diesem Platz stehende Büste des Generalmarschalls Wolke ist zusammen mit der Büste des Fürsten Bismarck vor dem Reichstagsaal aufgestellt worden. Inwieweit die Reichsparteien nach einer Meldung einer bürgerlichen Korrespondenz sehr verärgert sein sollen.

Der Fortgang des Angerstein-Prozesses.

Die Zeugen aus Limburg.

(Eigenbericht aus Limburg.) Am dritten Verhandlungstage des Angerstein-Prozesses bemühte sich die Staatsanwaltschaft Herxhausen, zu welchem Zeitpunkt der Angeklagte keine Opfer umgebracht hat. Es traten einzelne Zeugen auf, die bezeugten konnten, daß sie den Gärtnergehilfen Darr noch gegen 11 Uhr am Montag vormittag gesehen hätten. Nach diesen Aussagen ist also nicht anzunehmen, daß Angerstein die Mordtat in rascher Aufeinanderfolge verübte, sondern sich gemäßlich Zeit dazu ließ. Vater und Schwester der Gattin des Angerstein sind im ersten Teil ihres Berichtes die Aussagen der Ehe mit ihrem ermordeten Angehörigen zusammen waren. Der Obermeistermüller Kiel erzählte, daß sein erschlagener Sohn sich einmal darüber ausließ, daß Angerstein in große Ausgaben mache. In Limburg glaubte man, Angerstein sei fromm, aber Angerstein läge die Leute an und habe einen heißen Kopf. Der Sohn habe ferner erzählt, ihm sei aufgefallen, daß Angerstein ihn am Dienstag vor der Tat mit den Geschichtsbüchern nach Wilten an der Seite zu der Firma von der Jansen schickte, damit die Bücher revidiert würden. Angerstein habe die Bücher sonst immer selbst dahin gebracht. Da man ein Buch zurückbehalten habe, hätte etwas nicht geklappt. Der Zeuge glaubte, die Firma habe sich fahrlässig schuldig gemacht, weil sie Angerstein nicht sofort entließ, denn nur dadurch sei nachher sein, des Zeugen Sohn, getötet worden.

Aus weiteren Bemerkungen ergibt sich, daß Angerstein Leute, die in sein Vernehmen, als oben schon da worden begonnen hätte, unbeschäftigt ließ. So erkrankte der Tagelöhner Sönnau, der in Angersteins Haus etwas holen wollte, daß ihn Angerstein an der Kellertüre abgefragt habe.

Angerstein habe dabei beifällig gesagt, die Frauen im Hause hätten gemöhnt. Der Vater des getöteten Gärtnergehilfen Darr schildert drastisch das letzte Zusammenstoß mit seinem Sohn, der morgens am Tisch aß, er habe einen furchtbaren Traum gehabt und nichts wie Blut gesehen. Als sich Vater und Sohn von ihrem Wohnort Dillenburg nach Limburg begaben und sich dort trennten, habe der Sohn gesagt: „Vater, du mußt heute unbedingt kommen, der Angerstein hat einen neuen Plan.“ Der Vater ist aber diesem Wunsch nicht gefolgt, und hat — wie die Jüdische Polizei — gegen 12 Uhr mittags, als sein Sohn getötet war, er, der Vater, aber nichts davon ahnte, dritten Personen gegenüber Angerstein zur Wahl als Vorsitzender der Gartenbaukommission empfohlen.

Der Zeuge Wiegemeier Breuer aus Halger hat Darr noch um 1/2 Uhr an jenem Montag morgen gesehen, als Darr sich um Drahtseilbahn zum Frühlingsbad begab. Der Gärtnergehilfe Geis pflegte dort auch zu frühstücken, ersehen aber nicht. Witaags gegen 1/2 Uhr heirat Angersteins Haus. Im Bureau habe es aufgeräumt ausgesehen. Der Eisenbahn-ingenieur Dämrich aus Halger befand sich bald nach 12 Uhr im Hause Angersteins. Als er schellte, mußte er längere Zeit warten. Angerstein, der von oben kam, hatte, wie sich vermuten läßt, da gerade den Darr niedergebunden. Dämrich wollte von Angerstein ein Darlehen haben. Als er im Bureau darüber verhandelte, beschloß ihn ein Angestellter und er nahm sich vor, den ihm gegenüberstehenden Angerstein, falls dieser etwas unternehmen sollte, vor den Schutz zu treten. Es ging aber alles gut ab. Der Bild Angersteins erinnerte den Zeugen an den Bild Gieselerstrasse. Der Zeuge kann das beurteilen, weil er sich einmal in einer Anstalt Geisteskranken gegenüber befand. (Fortf. 2. Seite.)

Aus der Reichstags-Sitzung am Mittwoch.

Die Deutsch-Nationalen fürchten die Aufklärungsprozesse des Dr. Best und verweigern die Unterstützung.

Der im Dunkel und meist einer außenpolitischen Debatte im Plenum des Reichstags aus, obwohl nur sie die Möglichkeit geben würde, die Ansichten und Absichten sowohl der Regierung wie der einzelnen Regierungsparteien kennen zu lernen. Dieser unzulässige Zustand ist von unseren Rednern im Rahmen zweier Geschäftsordnungsdebatten am Ende der vorigen Woche geahndet worden, aber es scheint, daß es dabei bleiben wird: die Stimmung der Reichsregierung wird abgelesen, ohne daß man erfährt, ob sie auch wirklich von der stärksten Koalitionspartei, von den Deutsch-Nationalen, gebilligt wird. Ebenso hat Herr Stresemann auf das öffentliche Vertrauensverhältnis verzichten müssen, das er noch vor wenigen Tagen als unerlässlich forterbte.

Die Gründe dieser erdrückenden Haltung des Kabinetts und der Regierungsparteien sind sehr einfach: die Herrschaften versuchen gegenwärtig, sich gegenseitig zu betrogen. Die Deutsche Volkspartei und das Zentrum möchten die Deutschnationalen fast um jeden Preis in der Regierung festhalten, solange die Politik des Sicherheitspaktes nicht zum Abschluß gebracht ist. Diese Festlegung der Schiele, Westorf und Bergt auf eine pazifistische Außenpolitik ist den Herren der Deutschen Volkspartei und des Zentrums so wichtig, daß sie bereit sind, als Gegenleistung für Zollmaßnahmen zu stimmen, die ihrer eigenen Heberzeugung widerprechen. Die Deutschnationalen hingegen wollen, solange wie möglich, bei ihren Koalitionskandidaten den Ansehen erwecken, als machten sie die Stresemannsche Politik des Sicherheitspaktes mit, weil sie eben im Interesse der Großagrarien und der Schwerindustrie die Mindestsätze unter Dach und Fach bringen wollen. Ist aber die Zollvorlage verabschiedet, dann sind sie entschlossen, unter dem ersten besten Vorwand wieder abzurufen und besonders die Außenpolitik mit allen Mitteln einer allseitigen Oppositionsdemagogie zu bekämpfen. Es fragt sich nur, wer bei diesem wechselseitigen Betrugsversuch geschickter manövriert und das letzte Wort behalten wird.

Indessen hat dieser chronische Zustand der Heuchelei und Betrügelei außenpolitische Nachteile schlimmster Art. Wir in Deutschland können wohl die Beweggründe der einzelnen Parteien der Regierungskoalition durchschauen und begreifen, das Ausland dagegen sieht vor allem nur die Tatsache, daß die Politik der Berliner Regierung unehrlich ist, und sein Mißtrauen gegen Deutschland muß sich natürlich bei den weiteren Verhandlungen zu unserm Nachteil auswirken. Ueberhaupt muß man bezüglich der bevorstehenden deutschen Arbeit die ernsthaftesten Besorgnisse hegen. Sie dürfte wieder einmal ein Versuch sein, die grundrhythmischen Ansichten innerhalb der Regierungskoalition unter einen Hut zu bringen, und man kann sich jetzt schon denken, was dabei herauskommen wird. Boge, nichtsagende Formeln, weder frisch noch fleisch, weder Stresemann noch Schiele. Das Ganze aber heißt: Bürgerliche Außenpolitik!

Fortsetzung des Angerstein-Prozesses.

Es kamen dann Jungen zu Wort, die mit Angerstein am Montag nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr zu Wort kamen. Angerstein holte noch dem von ihm angerichteten Skudbad in aller Seelenruhe seine Post vom Postamt ab, ließ sich von einem Betriebsleiter 200 Mark eines Darlehens surrindahlen, erzählte auf der Straße dem Polizeibetriebsführer Thomas, daß es seiner Frau schlechter gehe, weil sie sich durch die Schulle in der Nacht aufgegragt habe. Angerstein meinte dabei: Er faßte sich dann, wie weitere Zeugenaussagen ergeben, 10 Witzchen, weil er Hungergefühl hatte und sollte drei Brote. In einem anderen Geschäft verlangte er unter der Bedingung, daß es etwas Gutes sein solle, eine Tafel Schokolade. Bei einer Frau Zehe kaufte er drei Rostbrunne, wobei er der Frau noch dank sagte, als diese ihm Grüße an Frau Angerstein bestellte. Diese war indessen längst nicht mehr unter den Lebenden. Bei dem Buchhändler konnte er ein Sicherheitsbuch und erkundigte sich, ob der Verkäufer nicht zur Festlegung der Kaufsumme noch Syrosen mitbringen wolle. Der Zeuge Inhoffen erklärte sich Haiger befand, daß er die Leiden der Frau Angerstein und des Darr aus den Beinen geholt habe. Sie hatten jugendlich beigelegen, als ob nichts passiert sei. Die Zeugen hatten durchwegs den Eindruck, daß Angerstein klar im Kopfe war, als er mit ihnen sprach.

Die nächsten Zeugen sind Personen, die Angerstein behandelt, als er verlegt war. Schmeier, reiten Sie meine Frau, sagte Angerstein, als er der Schmeier klar anständig wurde. Infolge der schweren Bauchverletzung kam Angerstein am Montag abend gegen 8 Uhr ins Krankenhaus von Haiger und wurde marotisiert. Die Wunde war nach Aussage des behandelnden Arztes Dr. Vogel, der die Operation vornahm, lebensgefährlich. Der Arzt bezeichnet es als durchaus möglich, daß Angerstein, nachdem er sich diese Verletzungen beigegeben hatte, noch 200 Schritte zurücklegte und einen Gartenzaun überstieg. Angerstein fragte den Arzt, ob er gesehen habe, wie er sich den Verband von der Bauchwunde abzieht. Doch hat der Arzt das nicht wahrgenommen. In der Nacht zum Dienstag verlangte Angerstein den Waffner Heiteseh zu Weichte. Er sagte dem Geheilten, doch er, um seinem Bruder zu helfen, etwas unterschlagen habe. Bei späteren Besuchen hat er den Waffner, dessen Frau möge nach seiner „lieben Käthe“ leben. Als der Waffner sich im Auftrage der Untersuchungskommission um die Beerdigung eines Geheilten bemühte, wollte Angerstein in Ruhe gelassen sein. Bei einem dritten Besuch verlangte er, mit dem Geheilten zu beten.

Interessant waren die Ausführungen des langjährigen Hausarztes der Familie Angerstein Dr. Hoeler aus Dillenburg. Angerstein erkrankte einmal mit Tuberkulose befallenen Familie. Die Geheilten gingen sehr daran, ein Kind zu bekommen. Der Arzt hat einmal eine Blutuntersuchung auf Geschlechtskrankheiten gemacht. Es ergab ein Negativum bei der Ehefrau; das Ergebnis beim Mann war nicht ganz klar. Die Frau hatte ein chronisches Darmleiden, das auf Neurostik beruhte; auch hatte sie hypochondrische Anwendungen. Es wird die Frage aufgeworfen, ob das Darmleiden, das sich bald verschlechterte und bald besserte, nicht auf Vergiftungserscheinungen zurückzuführen sein könnte. Der Sachverständigen erklärt, daß es sich auch nicht bestimme, als hätte die Frau einmal längere Zeit in der Klinik befand. Am Sonntag abend vor der Zeit kam Angerstein zu dem Arzt und äußerte die Befürchtung, daß er Tappus habe. Der Arzt konnte das nicht feststellen. Am Jahresabschluss litt Angerstein nicht. Auch Geheilte oder nervöse Störungen konnte der Arzt bei Angerstein, den er mit Unterbrechungen von 1912 an behandelt, nicht beobachten. Auch davon, daß Angerstein etwa abergläubisch gewesen wäre, weiß der Sachverständige nichts. Aus weiteren Aussagen ergibt sich, daß Frau Angerstein Reichsbank und Lehrzeitig war. — Die Vernehmungsprotokolle werden am Donnerstag fortgesetzt.

die Gefahr, daß eine Schwächung der Außenpolitik eintrete. Gegen die Stimmen der genannten vier Parteien beschloß das Haus, am Donnerstag keine außenpolitische Ausrede stattfinden zu lassen. — Hierauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

Auswärtiger Ausschuß.

(Berlin, 8. Juli. Radiodienste.) Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute vormittag um 10 Uhr zusammen. Es waren neben dem Reichsanwalt auch der Außenminister Dr. Stresemann und eine ganze Reihe anderer Mitglieder des Kabinetts anwesend. Besonders hat man auch die Länderregierungen vertreten. Der Eintritt in die Tagesordnung machte der Abgeordnete Genoffe Weißfeld einen Vorstoß zur Erlangung einer außenpolitischen Debatte. Er forderte vor allem die Teilnahme der Regierung nicht nur im Reichstagen, sondern auch im Auswärtigen Ausschuß. Die Verhandlungen dauern fort.

Pächterschub im Landtag.

Folgender Antrag wurde dem Oldenburger Landtage eingereicht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu erlauben, auf die Reichsregierung dahin einzurufen und den Reichsminister Erlingsson im Reichstag anzuweisen, dafür zu stimmen, daß 1. der Artikel III Ziffer 2 der Verordnung vom 18. Februar 1924 zur Änderung der Reichspachtgesetzgebung aufgehoben wird; 2. die Reichspachtgesetzgebung im übrigen auf die Dauer von zwei Jahren verlängert wird. Landen. — Antwortschub ist der Antrag von O. g. Ubers, Müller, Witte, Ziemann, Schmidt. In der Begründung heißt es: Die Verhandlungen über Verlängerung und Änderung des Reichspachtgesetzes finden zurzeit im Reichstag statt. Demnach ist die Beratung im Reichstag. Da für Oldenburg die Frage für Tausende von Pächtern von großer Bedeutung ist, muß der Landtag beschleunigt Stellung nehmen, damit die Regierung entsprechend der Stellung des Landtages dem Reichstag im Reichstag anweisen kann.

Eine sozialdemokratische Anfrage. Die Genossen Rosenfeld und Sollmann haben im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Am 18. Juni 1925 wurde in Coburg der 19. Jahre alte Betriebsarbeiter Max Schneider, der wegen Mordes am Tode verurteilt war, mit dem Fallbeil hingerichtet. Er hatte seine Gefährte in einem Brunnen des Nachschlafplatzes finden lassen, der er gefügt und voll Neue. Willigt die Reichsregierung, daß die Todesstrafe gegen so junge Menschen vollzogen wird? Was gedenkt sie zu tun, um dafür zu sorgen, daß die Todesstrafe in solchen Fällen nicht vollstreckt wird?

Der Reichsarbeitsminister hat dem Antrag der Metallarbeiterverbände der nordwestlichen Gruppe auf Verbindlichkeitsklärung des von dem Arbeitgeberverband Nordwest abgelehnten Schlichtungsprozesses stattgegeben.

Der bayerische Landtag lehnte am Mittwoch den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes ab.

Der belgische Außenminister Vanderveelde ist am Mittwoch morgen in Paris eingetroffen, wo er mit Brand eine Ausrede über die schwedischen internationalen Probleme hat.

Der Parteikonflikt in Sachsen.

Als Ergänzung zu unserer Dresdener Meldung (auf der ersten Seite) wird uns aus Berlin vom Parteivorstand geschrieben:

Der Parteivorstand hat zur Beilegung des Parteikonfliktes in Sachsen wiederholt Einigungsversuche unternommen, die jedoch von der einen oder anderen Seite abgelehnt worden sind. Die Verschärfung des Konfliktes zwischen dem Parteivorstand am 8. Juli zu einer neuen Entscheidung. In ihr wird erklärt, daß es die Pflicht der sächsischen Parteirepräsentanten im Landtage ist, „unmehrer unangenehm die Auflösung des Landtages herbeizuführen, um damit die Grundlagen zu schaffen für die Wiederherstellung der Einigkeit und Geselligkeit der sächsischen Partei, die allen anderen Erwägungen voranzusetzen werden muß und für einen erfolgreichen Kampfschluss voraussetzung ist. Da zu gehört die wichtige Erledigung der schwedischen Schlichtungsverfahren, denn es dürfte für keinen Parteigenossen zweifelhaft sein, daß ein Wahlkampf für die Partei unter den ungünstigsten Umständen geführt werden müßte, wenn Parteigenossen in hervorragenden Vertrauensstellungen wegen ihrer politischen Tätigkeit unter Androhung des Ausschlusses aus der Partei stehen. Deshalb sind die sächsischen Organisationsvereinigungen anzufragen, alles zu tun, damit die schwedischen Schlichtungsverfahren endlich erledigt werden.“

Zwei Vertreter des Parteivorstandes wurden beauftragt, über die näheren Modalitäten mit der Gesamtervertretung der Sozialdemokratischen Partei im sächsischen Landtage und den Organisationsvertretern der vier sächsischen Bezirke in Dresden zu verhandeln. Leider fanden die Vertreter des Parteivorstandes bei ihrer Ankunft in Dresden am 7. Juli vor fertigen Tatsachen. Die Unüberwindlichkeit der Landtagsfraktion hatte den Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt, ohne vorher mit der Fraktionsmehrheit in Verbindung gekommen zu sein.

Die Fraktionsmehrheit hatte vorher in einer Sitzung einen Beschluß gefaßt, auf dessen Inhalt wir an dieser Stelle nicht eingehen wollen, obgleich manches dazu zu sagen wäre. Der Beschluß lautet: „Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit ist auf ausdrückliches Verlangen des Parteivorstandes die Koalition mit Demokraten und Deutscher Volkspartei eingegangen. Ebenso hat die Fraktionsmehrheit alle Anträge der Landesinfinzen und der Landespartei auf Auflösung des Landtages im Einvernehmen mit dem Parteivorstand und auf seine Empfehlung abgelehnt. Auch der von der Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens im Oktober 1924 in Leipzig angenommene Antrag auf Auflösung des Landtages ist von der Fraktionsmehrheit nicht ausgeführt worden, weil der Parteivorstand der Fraktionsmehrheit empfohlen hatte, den Landtag erst dann aufzulösen, wenn die vorher getroffenen Vereinbarungen von den Infenzen durchgeführt worden seien. In einem Schreiben an die Landesinfinzen hat die Fraktionsmehrheit ausdrücklich bemerkt, daß er der Meinung ist, dieser Landesparteitag habe die heilmannlichen Bedingungen wesentlich abgeändert und die Durchführung der Abmachungen dadurch selbst erschwert. Wenn der Parteivorstand entgegen seiner bisherigen klaren und sachlich begründeten Stellungnahme für die politische Taktik der Fraktionsmehrheit plägiert, ohne die Fraktion zu befragen und ohne die politische Situation in Sachsen irgendwie zu berücksichtigen, die ungesetzliche Auflösung des Landtages taget, so ist das ein einseitiges Diktat, das jede Verhandlung unmöglich macht. Dieses Diktat wird noch verstärkt durch den Antrag auf Auflösung des Landtages, der ohne Kenntnis der Fraktionsmehrheit gestellt worden ist, obwohl den Infenzen bekannt war, daß für den heutigen Tag eine Verhandlungssitzung anberaumt worden war. Der Vorliegende der Landesinfinzen hat auch die vom Parteivorstand ausdrücklich herausgehobene Voraussetzung einer Verhandlung, die vorherige Erledigung der schwedischen Schlichtungs-

gerichtsverfahren“, nicht abgemerkt, wiewohl er weiß und als Vorsitzender der sächsischen Landesinfinzen wissen mußte, daß die Schlichtungsverfahren gegen die in den Bezirken Dresden, Chemnitz und Zwickau wohnenden Landtagsabgeordneten ihre Erledigung nicht gefunden haben. Die in Betracht kommenden Abgeordneten müssen jedoch darauf bestehen, daß die schwedischen Vorwürfe, denen sie in Folge ihres Ausschlusses aus den Parteien ausgesetzt waren, im ordentlichen Schlichtungsverfahren nachgeprüft und erledigt werden. Erst wenn das geschehen ist und die ordentlichen Schlichtungsverfahren durchgeführt sind, ist der Tag für eine Verhandlung geeignet. Eine Verhandlung setzt aber voraus, daß die Gründe beider Richtungen geklärt werden. Den angelegentlichsten Faktoren zu folgen, heißt auch die Fraktionsmehrheit ab, denn eine solche Verhandlung würde nicht nur die 23 zu wählenden Bezirke bestimmter persönlicher Interessen berühren, sondern auch das Ansehen der Partei wie die Ehre der Arbeiterchaft und des gesamten sächsischen Volkes und Landes auf schwerlich schädigen. Die Fraktionsmehrheit wird daher gegen die vorliegenden Anträge auf Auflösung des Landtages stimmen.“

Dadurch ergab sich, daß nicht eine gemeinsame Sitzung abgehalten werden konnte, in der die Meinungen ausgetauscht und die beste Art der Erledigung der in Betracht kommenden Fragen gefunden werden konnte. Es standen sich vielmehr Körperchaften gegenüber, die vorher ihre Befehle erteilt hatten und es als ihre Aufgabe betrachteten, diese Befehle zu vertreten. Trotzdem bemühten sich die Vertreter des Parteivorstandes, eine Verständigung auf der Grundlage der Entscheidung des Parteivorstandes vom 8. Juli herbeizuführen. Im Laufe der Verhandlungen einigten sich die Parteivorstände auf folgende Entscheidung:

„Die Parteivorstände stellen sich auf den Boden des vom Parteivorstand getroffenen Beschlusses, den Landtag sofort aufzulösen und erklären, daß sie, um eine sofortige Beilegung des Parteikonfliktes zu erreichen, bereit sind, die landesweiten Ausschussverfahren zu beenden. Die Landesversammlung muß dafür sich die vom Parteivorstand selbst gestellte Bedingung, daß die Landtagsfraktion noch vor Vertagung des Landtages einmütig einen Antrag auf Auflösung aufstimmt.“

Damit wollten die Parteivorstände für ihren Teil der Entscheidung des Parteivorstandes Rechnung tragen. Die Mehrheit der Fraktion beharrte auf ihrem oben wiedergegebenen Beschluß. Es war also nicht möglich, das Ziel, das der Parteivorstand sich gesetzt hatte, zu erreichen. Am nicht unbedeutend zu sein, bemühten sich die Vertreter des Parteivorstandes, eine Verständigung herbeizuführen. Leider verabschiedete sich dies alles ohne Erfolg, als die Verhandlungen für beendet zu erklären und dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. In seiner Sitzung vom 8. Juli nahm der Parteivorstand den Bericht seiner Vertreter entgegen. Er beschloß, folgendes Telegramm an den Vorsitzenden der sächsischen Landtagsfraktion zu richten:

„Parteivorstand hält nach erfolgter Berichterstattung an seiner Entscheidung vom 8. Juli fest und erachtet das Gut, daß die im Interesse der Gesamtheit seinen wohlwollenden Verständnis Rechnung trägt. Witten jedem Fraktionsmitglied hiervon Kenntnis zu geben.“

Vorliegendes Zitat unterbreiten wir den Parteigenossen zur Information.

Nach einem getrennten Vernehmungsprotokoll werden jetzt sämtliche Arbeiter und Anwesenden des Berliner Gewerkschaftsbundes in den Streik treten, da die Verhandlungen über dem Schlichter bisher ergebnislos waren und eine Einigung an der Hornität der Arbeitgeber scheiterte.

Eine Abstimmung über den Schlichtungsprozess im Berliner Gewerkschaftsbund, die am Dienstag abend stattfand, ergab 9436 Stimmen für den Streik und 1522 dagegen. In Generalversammlung im Gewerkschaftsbund am Freitag wurde der Streik bis zum 1. August vertagt.



Konsum- und Sparverein für Rüstringen und Umgebung

Betr. Abgabe der Mitgliedsbücher und Rückvergütungsarten.

Die Abgabe der Mitgliedsbücher, Zahlungsausweisarten über gestellte Beiträge auf Geschäftsanteil und Rückvergütungsarten mit den darin gefestigten Rückvergütungsarten haben in der Zeit vom Mittwoch, dem 8. bis Donnerstag, dem 23. Juli, in den Beratungsstellen gegen Einsparungsbeiträge zu erfolgen. Die Kassenettel, die als Rückvergütungsarten gelten, sind in Päckchen zusammenzubinden und zwar so, daß die zusammengefaßten Beiträge der Kassenettel immer die Summe von 50 Mark ergeben. Auf die Vorderseite der Rückvergütungsarten hat jeder den Namen, die Mitgliedsnummer und die genaue Wohnung anzugeben. Freilauf und Sonnabend kann die Abgabe nicht erfolgen, da an diesen Tagen dadurch eine Föhrung des Geschäftsbetriebes eintreten würde.

Der Vorstand.

Wissen ist Macht! Bildung macht frei!

- Heinrich Cunow, Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie 9,50
Wilhelm Hohoff, Pfarrer, Die wissenschaftliche und kulturhistorische Bedeutung der Karl Marx'schen Lehren 0,80
Karl Marx, Oekonomische Lehren 2,50
Tschulok, Entwicklungstheorie (Darwin's Lehren) 3,00
Dodel, Aus Leben und Wissenschaft 8,00
Morgan, Die Urgesellschaft. 7,20
Buchhandlung Paul Hug & Co
Wilhelmshaven, Marktstr. 46
Telephon 2158

Saison Ausverkauf

vom 10. bis 15. Juli

5 extra billige Tage für Mäntel-Kostüme-Kleider

Um mit meinen großen Vorräten vollständig zu räumen, habe ich die Preise noch mals bedeutend herabgesetzt

!! Beachten Sie meine neuen Schaufenster - Auslagen !!

Wallheimer Grösstes Spezial-Geschäft für Damen- u. Mädchen-Kleidung



Armbänder und Armreifen Schmuck u. Blusennadeln sind von der Mode stark begehrt. Sie finden bei mir reiches Lager in allen Qualitäten bei billigster Preisberechnung. Wilh. Stettin Bismarckstraße 60. Ecke Bismarckplatz.

August Fischer, Blexen

He lewt noch u hott just immer noch 1899 Fohrräder Gummi un watt dato gehört to Kaputte Räder flickt he immer up dat beste u billigste.

Mütterberatungsstellen des Vaterl. Frauenvereins u. Noten Kreuz Oldenburg jeden Mittwoch 3 1/2 Uhr Wolfsmädchenschule Georgstraße 3 Uhr Oberlen Schule A. Dauwitzstraße

Rennen u. Turnier Nordenham Sonntag den 9. August 1925

Beginn der Vorprüfung 1 Uhr des Rennens u. Turniers 2 1/2 Uhr. Nassungsschluss: Dienstag den 28. Juli, abends 6 Uhr. Ausschreibungen u. Anmeldeformulare sind vom Geschäftsleiter Herrn H. W. Stode, Nordenham, zu beziehen 1475

Magerkeit wirkt unshön

Schöne volle Körperformen durch unser 14340

„Negro-Kraftpulver“ in 6-8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garantiert unshädlich. Aerztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dank-schreiben. Preis Karton mit Gebrauchs-Anweisung 3 M. Porto 30 Pf.

Simons Apotheke Berlin C 2, Spandauer Straße 17 Berlins älteste Apotheke

Haarausfall wird unbedingt beseitigt. Garantie für Erfolg, daß kein Haar mehr ausgeht. Auch d a n n e s Haar wird wieder voll. 11608

O. Vehse, Feilwerk, Weins-Steinisch-Str.

Eisen, 11615

Pumpen, Metalle, Lacke, Leuchtstoffe, elektr. Licht, Schweißmaschinen, Kessel, 5516 frei. Eisenmöbelfabrik Eski (Zähr.)

Waischrau außer dem Hause gef. Gef. Gef. u. Utm. neben Fischb. Kennof

Wol. Leinöl Fußbodenlack Möbellack

Fr. Spanhake

Fortenhandlung Eibenburg 1 C, Sengstraße 48, beim Rathaus. Bis 25 Mk. täg. nachweislich verdient. Freipost gratis. Berlin P. Wagenknecht, Weidau

Gegen hohe An-dun Wohnung suchen wie Graunsch. alle Art. Gesch. häuser, Arbeiter, Willen, Sandhäuser sowie Wand-möbeln für vorge-merkte Häuser. Vermittler verboten. Off. mit Angabe d. äußersten Breites an 14884 Hölte & Co. Hannover.

1-2r. Wohnung hün-tere Zimmer, part. in Nähe v. Siebelshöburg i. alle Frau folgt zu mieten gef. Off. u. R. 785 a b Exp. d. Bl.

Ein schöner neuer Sereen-Anzug (Wah-arbeit) 1 25 Mk. u. verl. S. Rüstringen 1 1002. Peterstr. 24. I. St. I.

Eintodgläser, 10, 10, 11, 50. Heintich Weichte Grenzstr. 13

Morgen, Freitag, die größte und beste bisher aufgeführte Film-Operette



Deutsch Lichtspiele

Martin Kromm Textilwaren Brake, Lange Strasse 56

Plakate in geschmackvoller Ausführung liefert die Buchdruckerei Paul Hug & Co., Rüstringen

Paul Zech: Die Geschichte einer armen Johanna

Das dritte „Bücherkreiswerk“ ist soeben erschienen. Dieser Roman, das stärkste Werk des Dichters, zeigt uns das Schicksal eines einfachen Mädchens. Aber Johanna Schick-sal ist vom ersten bis zum letzten Atemzug nicht das Schick-sal eines einzelnen, sondern das vieler Menschen, Menschen, die du kennst, die ich kenne die wir alle kennen. Und so wird das Lesen ein Mitleben. Das Buch wird nur an Mitglieder ausgegeben. Zwecks Auskunft und Aufnahme (Mitgliedsbeitrag alle 14 Tage 50 Pf.) wende man sich an: Der Bücherkreis Zahlstelle Buchhandlung Paul Hug & Co. Wilhelmshaven, Marktstrasse 46.

Aufnahmeschein. Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu der Vereinigung Der Bücherkreis. Vor- und Zuname: Stand: Ort und Strasse:

Rüstringen i. O. Wilhelmshavener Straße 56

OTTO BECKER

Größtes Spezialhaus für Herren- und Knaben-kleidung am Platze

Saison AUSVERKAUF

Unsere Preise sind rücksichtslos herabgesetzt.

Herren-Artikel.

Oberhemd, weiss, Ripsfalteneinsatz, mit steifer oder Manschette	4.90
Perkal-Oberhemd, moderne Streifen, mit 1 steifen und 1 weichen Kragen	5.50
Zephir-Oberhemd, fette Streifen, Ia Qualität, Bielerfelder Verarbeitung	6.75
Sporthemd, mit Schillerkragen, gestreift, Flanell oder Zephir	3.90
Sporthemd, weiss, Panama mit Schillerkragen	5.90
Sporthemd, 2 Kragen, einfarbig, grosses Farbensortiment, grün, lila, blau, beige	6.50
Taghemd, solide, haltbare Qualität, gross und vollständig gearbeitet	2.95
Nachthemd, Gaihsa-Form oder Umlegekragen, mit farbigem Besatz und Tasche	4.75
Sport-Serviteurs, gute Verarbeitung, in Farben sortiert	0.65
Schillerkragen in weiss und farbig	0.75
Sportkragen, solide Qualität, gute Verarbeitung	0.35
Selbstbinder moderne Streifen und Muster	1.25, 0.95
Selbstbinder, schöne Streifen, grosses Farbensortiment	2.75, 2.25
Strickbinder, haltbare Qualität, in vielen Farben	0.55
Hosenträger Gummigürt mit Lederpatton	1.50, 0.95
Sockenhalter, gutes Gummiband, mit Ring- oder Schildverarbeitung	0.45, 0.35

Herren-Hüte.

Wollhüte in vielen Farben und Formen	3.75
Haarhüte in verschiedenen Farben, moderne fette Formen	6.50
Jachtklubmützen in guter Ausführung	1.95
Fliegermützen solide Qualität	0.90
Herren-Strohöhüte Stück	2.25, 1.50
Knaben-Strohöhüte Stück	1.75, 1.15

Schirme.

Damenschirme mit Rundhaken und Knopfgriff	5.75	3.25
Damenschirme solide Halbeide, mit seidnem Futteral	6.90	5.90
Damenschirme, 12teilig, solide Halbeide, mit hübschen Griffen	11.50	6.75
Herrenschirme solide Ausführung, mit Futteral	4.75	3.25
Herrenschirme gute Halbeide, mit seidnem Futteral	8.50	5.90
Kinderschirme solide Ausführung	2.95	2.75

Herren-Spazierstöcke in großer Auswahl zu besonders billigen Preisen!

Schuhwaren.

Herren-Stiefel, schwarz Chevreaux und Kalbleder, zum Teil mit Gummizug, spitze und runde Form, Rahmenarbeit	9.75, 8.75	7.50
Herren-Stiefel, schwarz, echt Chevreaux, spitze u. halbsp. Form, eleg. Ausführung, Rahmenarbeit		10.50
Herren-Stiefel, braun Chevreaux und Kalbleder, prima Qualität, Rahmenarbeit		12.75
Herren-Stiefel, braun Chevreaux und Kalbleder, moderne, elegante Form		14.50
Herren-Halbschuhe, schwarz und braun Chevreaux, breite, bequeme Form, Rahmenarb.	12.75	10.50
Herren-Halbschuhe, schwarz Chevreaux und Nubuk-Einsatz, hochmodern		16.50
Damen-Halbschuhe, schwarz Ross-Chevreau, mit und ohne Lackkappe	6.50, 6.25	5.90
Damen-Halbschuhe, braun Chevreaux mit amerikanischem und Louis XV.-Absatz, runde und spitze Form		7.50
Damen-Lackhalbschuhe mit schwarzem Wildleder-Einsatz, elegante Ausführung, Rahmenarbeit		12.75
Damen-Spangenschuhe, braun Ross-Chevreau u. Chevreaux mit halbhohem Absatz	9.75	7.50
Damen-Pumps, grau und braun Nubuk mit amerikanischem Absatz, sehr elegant		7.50
Kinder-Stiefel, schwarz und braun Chevreaux und Rindbox	7.75, 5.90	3.95

Baumstadt

DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN



Abend, den 11. 7. 1925, abends 8 Uhr, im Vereinshaus am Neuenburger Ufer, im Vereinshaus am Neuenburger Ufer, im Vereinshaus am Neuenburger Ufer.

Adolf Eden, Mechanikermeister, Wilhelmstr. 62, Fahrrad- und Zubehör, renommé billig.

Baumaterialien aller Art, haben preiswert abgegeben.

Edorlan & Co. Baumaterialien, Wilhelmstr. 19/21.

Ein Wort genügt Fortschritt

and Sie sind sofort im Bilde, dass es sich um das bekannte Riesenunternehmen handelt, das Ihnen Herren-, Burschen-, Knaben-Anzüge, Paletots, Regenmäntel, Windjacken, Hosen, Arbeiterkleidung zu billigen Preisen und kasseret günstigen Zahlungsbedingungen liefert. Grösstes Spezial-Geschäft am Platze mit neuem Kredit-System.

Bekleidungsgesellschaft Fortschritt m. b. n.
Marktstraße 18, 1. Etage.

Berlin, Brandenburg, Wilhelmshaven, Eberswalde, Aschersleben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Am Freitag, dem 10. Juli, abends 8 Uhr: **Versammlung**

Lehrlinge u. jugendlichen Arbeiter

1. Gründung einer Jugendgruppe des Deutschen Metallarbeiters-Verbandes
2. Stellungnahme zu der Lehrlingentätigkeit
3. Verleihen.

Kukirolo Sie schon?

Das heißt: Betreiben Sie systematische Fußpflege? Hierzu gehören: 1 Packung Kukirolo-Fußbad, 1 Dose Kukirolo-Streupuder und 1 Schachtel Kukirolo-Hilfsmitteln-Pflaster. Mit diesen drei Präparaten, die zusammen nur 2 Mark kosten, können Sie eine richtiggehende Kukirolo-Fußpflege-Kur durchführen. Ist Ihnen die Gesundheit Ihrer Füße diese Ausgabe nicht wert?

Todes-Anzeige. Mitwwe nachm. 17. Uhr entschlieb sich nach langem mit Gedult ertragenem Leiden unsere liebe gute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter **Helene Seitz** geb. Weber im Alter von 88 Jahren, am 10. Juli 1925, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der weichen Friedhöfkapelle aus st.



Arbeiter, werbt für eure Presse

Jade-Volkschor

Einladung zu der am **Sonntag dem 11. Juli 1925**, abends 8 Uhr, in den Räumen des Wertpapierhauses in Wilhelmshaven stattfindenden

3. Gründungsfeier

bestehend aus **Konzert und Gesangsvorträgen** unter Mitwirkung namhafter Solisten des Philharmonischen Orchesters, sowie nachfolgendem **B. A. L. L.** Der Vorstand, 4729

Deutscher Bauergewerksbund

Achtung, Kollegen! Bei der kommenden Monatsabteilung am Freitag den 10. Juli müssen folgende Beiträge gezahlt werden:

für **Jahresbeiträge** 1.04 RM.
für **Sau- und Erdbauarbeiter** 96 Pf.
für **Feder und Umgehend:**
für **Jahresbeiträge** 97 Pf.
für **Sau- und Erdbauarbeiter** . 87 Pf.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Ehrungen anlässlich unserer silbernen Hochzeit, besonders der Frau. Postwechsel Röttingen I sagen wir uns, herzlichsten Dank

W. Janssen und Frau
4903 Röttingen, Wertstrasse 94.

Um stille Teilnahme bitten
Witwe **Johanne Kleff**, geb. Dierks
Fritz Kraye u. Frau, Anchen geb. Dierks
Karl Kraye u. Frau, Anna geb. Dierks
nebst Kindern und Kindeskindern
Beerdigung am **Sonntag, 11. Juli**, nachm. 17. Uhr, vom **Willehad-Hospital** aus auf dem alten Friedhof in Neucorde.